



Hau ruck!

Roman Herzog zur
Föderalismusreform **SEITE 4**

MONTAG, 13. MÄRZ 2006 | NR. 51

WWW.HANDELSBLATT.COM

DEUTSCHLAND

MONTAG, 13. MÄRZ 2006 | NR. 51

DIE FÖDERALISMUSREFORM steht plötzlich wieder in der Kritik. Roman Herzog fordert ein Ende der Debatte.

SPD bohrt Staatsreform auf

ACHT FRAGEN AN: ROMAN HERZOG

„Dann können wir überhaupt einpacken“

ROMAN HERZOG
Ehemaliger
Bundespräsident



Herr Bundespräsident, als Vorsitzender des Konvents für Deutschland mahnen Sie seit Jahren zu einer Reform des deutschen Föderalismus. Jetzt gerät diese Reform auf den letzten Metern noch ins Schleudern. Haben sie dafür Verständnis?

Es ist klar, dass so ein Regierungsentwurf im Parlament beraten werden muss und dass es da und dort auch Korrekturen geben kann. Das ist ein selbstverständlicher, normaler Vorgang. Aber wer diese kleine Reform scheitern lässt, der muss sich sagen lassen, dass er zu Reformen überhaupt nicht in der Lage ist. Wenn diese Reform nicht wenigstens in ihren Grundlinien durchgeht, dann können wir in der Frage Reformen überhaupt zusammenpacken.

Aber die Details halten Sie noch für verhandelbar?
Durchaus. Dafür gibt es den Vermittlungsausschuss.

Der durch die Reform ja gerade entmachtet werden soll...
Im Vermittlungsausschuss werden auch Meinungs- und Interessenunterschiede zwischen Bund und Ländern verhandelt. Insofern ist der Vermittlungsausschuss nichts Illegitimes. Die Föderalismusreform ist ein ganz normales, verfassungsänderndes Gesetzgebungsverfahren, das mit Zweidrittelmehrheiten entschieden werden muss. Wir werden sehen, ob dieses Land das schafft oder nicht.

Wie optimistisch sind Sie?
Ich bin optimistisch, dass das im Wesentlichen durchgeht. Ich bin aber nicht optimistisch in der Ausnahme, dass das eine große Reform ist.

Die Finanzbeziehungen sollen in einem zweiten Schritt entwirrt werden. Für wie groß halten Sie die Chance, dass das gelingt?
Die Chance sehe ich, aber vor allem sehe ich die Notwendigkeit. Ich bekleide kein politisches Amt mehr und sehe die Lage daher relativ kühl: Entweder schaffen wir es, oder wir schaffen es nicht. Dann werden wir und insbesondere unsere Kinder die Konsequenzen zu tragen haben.

Viele Bildungs- und Umweltperten sagen, lieber keine Reform als diese. Zu Unrecht?

Experten misstrau ich sowieso immer. Diese Leute haben sich an den Status Quo gewöhnt und wollen keine Änderung. Dass es eine falsche Reform sein soll, die Zahl der Zustimmungsgesetze einipfermaßen zu reduzieren und Bund und Ländern bestimmte Bereiche zur eigenverantwortlichen Regelung zuzuweisen, das sehe ich nicht ein. Was in den einzelnen Fachgebieten richtig und falsch ist, das müssen nun wirklich die politischen Instanzen entscheiden. Ich habe vor allem den Eindruck, dass noch viel getan werden muss, bis die Bevölkerung begreift, was nötig ist – um deren Schicksal geht es schließlich. Bisher sind immer die gewählt worden, die versprochen haben, dass es nur Reformen gibt, die nicht wehtun. Das war 2002 die Situation, und 2005: Wir brauchen ein Umdenken in der Bevölkerung.

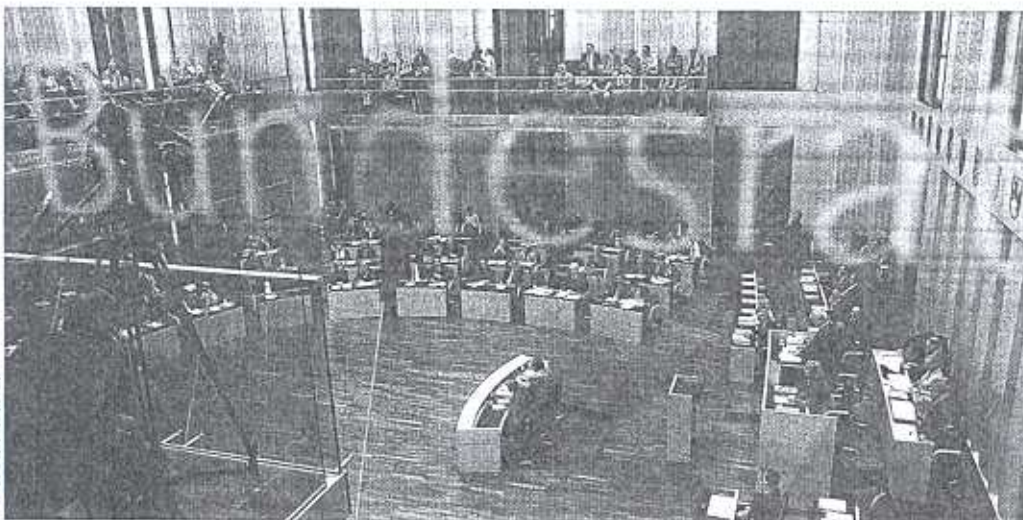
Die Bevölkerung erwartet von der großen Koalition ja durchaus, dass sie sich als handlungsfähiger erweist als frühere Regierungen. Teilen Sie diese Erwartung?

Ich erwarte von der großen Koalition, dass Reformen mit Augenmaß und ohne langes Hin und Her durchgeführt werden. Die Föderalismusreform ist ja nur der Anfang einer langen Serie weiterer Reformen. Wenn da lang herumgezerrt und herumbraten wird, vergeht wertvolle Zeit.

Manches Land traut sich selbst gar nicht zu, mit seinen neuen Kompetenzen viel Sinnvolles anzufangen zu können.

Mit dieser Argumentation kann man jeden Föderalismus kaputt machen. So gesehen können wir auch unsere ganzen Staatsaufgaben in Brüssel abgeben. Was im Verhältnis zwischen Bund und Ländern richtig ist, das wäre ja theoretisch auch im Verhältnis zwischen EU und Mitgliedsstaaten richtig. Um diese Probleme kommt man nicht herum.

Die Fragen stellte Maximilian Steinbeis.



Blick in den Bundesrat in Berlin. Wie geht es weiter beim Ringen um die richtige Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern?

MAXIMILIAN STEINBEIS | BERLIN

Die Zukunft der Föderalismusreform ist wieder völlig offen. Mehrere Unions-Ministerpräsidenten warnen am Wochenende die SPD davor, den mühsam ausgehandelten Kompromiss jetzt wieder in Frage zu stellen. „Es bleibt, wie es ist“, sagte Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) im „Focus“. „Wenn die Föderalismusreform im Herbst nicht beschlossen ist, kommt auch die Koalition in große Probleme.“ Jürgen Rüttger, NRW Ministerpräsident und CSU-Vize, warnte, jede Änderung gefährde das Gesamtpaket: „Wenn man irgendwo zieht, kippt alles.“ Er forderte: „Die SPD muss ihre Leute wieder einfangen.“ Dessen Vorsitzender Matthias Platzeck hatte zuvor den weit verbreiteten Bedenken in seiner Partei Ausdruck verliehen: Der Bund müsse Bildungsprogramme der Länder weiter finanziell fördern können. Das Reformpaket, das in weiten Teilen bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, war im Freitag offiziell in Bundestag und Bundesrat eingebracht worden. In beiden Kammern ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig, um die zahlreichen

Grundgesetzänderungen in Kraft treten zu lassen, mit denen die verworrenen Zuständigkeiten und Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern entflochten werden sollen.

Während in der Länderkammer an der Mehrheit wenig Zweifel bestehen, sieht es im Bundestag anders aus. Vor allem die SPD-Fraktion plägiert Schlochbeschwerden, und der Druck der Ministerpräsidenten, den Kompromiss nicht mehr aufzuschneiden, verfestigt bislang den Trotz der Sozialdemokraten eher als ihn zu lösen.

Strucks Ergebnis ist offen

SPD-Fraktionschef Peter Struck balancierte im Bundestag über ein dünnes Seil: Zwar gebe es „überhaupt keinen Zweifel, dass die Föderalismusreform beschlossen werden muss“, sagte Struck und mahnte die eigenen Reihen, sich nicht wegen Einzelpunkten jedem Kompromiss zu verschließen. Aber: „Das Ergebnis ist offen.“ Nur weil das Gesetz eingebracht worden sei, müsse es nicht so beschlossen werden, „modifiziert Struck die nach ihm benannte Regel, dass kein Rechtsakt aus dem Parlament herauskomme, wie er hineingekommen ist.“

Zuvor hatte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Olaf Scholz bereits eingeräumt, der „intensive Meinungsbildungsprozess“ habe erst jetzt begonnen. Er zeigte sich jedoch optimistisch, dass Bundestag und Bundesrat „eine gemeinsame Lösung hinführen können“. Ausdrücklich wandte er sich gegen einen Kompromiss erst im Vermittlungsausschuss: Die Reform solle „bei Tageslicht“ vereinbart werden.

Struck listete auf, was aus SPD-Sicht änderungswürdig wäre: In der Bildungspolitik ist dies das Verbot von Finanzhilfen des Bundes an die Länder, das auf ein „Kooperationsverbot“ hinauslaufe. In der Umweltpolitik drohe eine Rechtszersplitterung, da die Länder künftig etwa beim Hochwasserschutz oder beim Naturschutzrecht von Vorgaben des Bundes abweichen könnten. Die neue Zuständigkeit der Länder für Alters- und Behindertenheime könne „zu unterschiedlichen Qualitätsstandards“ führen, ebenso die neue Länderkompetenz für den Strafvollzug.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder kam dem Koalitionspartner entgegen, indem er die Reform ein „Gesetzgebungsverfahren wie jedes andere auch“ nannte. Das wurde in der SPD-

Fraktion als Zugeständnis gewertet. Kauder ließ es aber nicht an Warnungen fehlen, durch Einzeländerungen das Gesamtpaket zu gefährden. „Entscheidungen des Bundestages allein reichen nicht aus. Jede Regelung muss von Bundestag und Bundesrat gemeinsam getragen werden, und zwar mit Zweidrittelmehrheit.“ Der Opposition sichte Kauder zu, die Sachverständigenanhörung dürfe „keine Schaufensterveranstaltung“ werden.

Im Bundesrat gaben nur zwei Länder Bedenken fundamentaler Art zu Protokoll: Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschef Harald Ringstorff und Schleswig-Holsteins Finanzminister Ralf Stegner (beide SPD), der für den amtierenden Bundespräsidenten Peter-Harry Carstensen (CDU) am Mikrophon trat. Beiden misfällt, dass die Länder die Bezahlung ihrer Beamten selbst regeln sollen – sie fürchten, im Wettbewerb um pure Staatsdiener zu unterliegen. Die meisten Länder aber – und das schließt das von SPD-Vize Kurt Beck regierte Rheinland-Pfalz mit ein – verteidigten den Kompromiss.

Mehr zur Föderalismus-Reform finden Sie im Internet unter www.handelsblatt.com/federalismus